110. 1. Voraussetzungen der Weinverfälschung. Ist insbesondere in dem bloßen Aufkleben einer falschen Etikette auf eine Flasche eine Fälschung des in der Flasche befindlichen Weines zu finden? Gilt jede Beimischung von Spirit, Zucker oder Wasser zum Traubensaft als Weinverfälschung?

2. Ist Nachmachung von Wein oder einer bestimmten Weinsorte schon durch die Feststellung ausgeschlossen, daß das hergestellte Gemisch überhaupt Traubensaft, bezw. Saft einer bestimmten Traubensorte enthält?

3. Muß Verfälschung von Rum, Arrak oder Pognat angenommen werden, wenn eine Mischung nur 50 % oder weniger echten Rum, Arrak oder Pognat enthält?

4. Wird bei dem Feilhalten von Wein unter falscher Etikette das Merkmal „einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung“ durch die Feststellung beseitigt, daß das Verkehrspublikum im allgemeinen weiß, was es von solcher Etikettierung zu halten habe?

5. Genügt zur Verneinung des Vorsatzes der Weinverfälschung die Annahme, daß der Weinfälscher in dem angewendeten Verfahren eine Verfälschung nicht erkannt habe, indem er der Meinung gewesen sei, berechtigten Gebräuchen des Handels und der Technik zu folgen?

Gesetz vom 14. Mai 1879, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln (R.G.Bl. S. 145), §. 10 Nr. 1. 2.

II. Straffenat. Ur. v. 2. November 1886 g. S. u. Gen. Rep. 2504/86.

I. Landgericht Danzig.

Aus den Gründen:

1. In den Materialien zur technischen Begründung des Gesetzesentwurfes gegen die Verfälschung der Nahrungs- und Genussmittel etc ist zwar der Satz ausgesprochen, daß der Name „Wein“ schlechthin nur einem Getränke gegeben werden dürfe, welches ohne jeden Zusatz aus Traubensaft durch alkoholische Gärung bereitet worden sei. Im Gesetze selbst aber ist ein solcher Ausdruck nicht enthalten. Wie in den Materialien anerkannt wird, stehen seit längerer Zeit verschiedene Verfahrenswesen in Gebrauch, mittels deren aus einem sonst zur Weinbereitung mehr oder weniger ungeeigneten Traubensaft durch Zusatz von Spirit, Zucker, Wasser etc genießbare Weine hergestellt werden.

In den Materialien werden solche Verfahrungsweisen innerhalb gewisser Grenzen als zulässig angesehen. Vor dem Erlasse des Gesetzes vom 14. Mai 1879 führten auch die so hergestellten Getränke den Namen „Wein“. Solange also nicht die Herstellung, der Verkauf und das Feilhalten des Weines auf dem im §. 5 des Gesetzes vorgesehenen Wege geregelt ist, erscheint es unzulässig, den Begriff „Wein“ auf diejenigen Produkte der alkoholischen Gärung zu beschränken, bei denen ausschließlich Traubensaft benutzt wird, und danach den Zusatz jedes anderen Stoffes als Verfälschung des Weines (der Gattung nach) anzusehen.

Vgl. Stenogr. Berichte des Reichstages 1870 Bd. 2 S. 766.

Ebenso wenig wird eine Verfälschung einer bestimmten Art französischen Weines überall anzunehmen sein, wo diesem ein Traubensaft anderer Sorte oder (wie bei der Bereitung von Schaumwein) ein nicht aus Weintrauben gewonnener Stoff beigemischt wird.

Für die Beurteilung der weiteren Frage, unter welchen Voraussetzungen solche Beimischungen eine Verfälschung von Wein oder einer Weinsorte enthalten, sind in Ermangelung besonderer Bestimmungen die allgemein für Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln geltenden Grundsätze maßgebend.

Die Verfälschung eines Nahrungs- oder Genußmittels hat immer eine Abweichung von dem echten und normalen zur Voraussetzung. Die Frage aber, ob das mit irgend welchem nicht normalen Zusätze versehene Produkt damit zum verfälschten geworden sei, hängt noch von der weiteren Voraussetzung ab, daß an der gesetzlich vorgeschriebenen oder normalen stofflichen Zusammensetzung des Nahrungs- oder Genußmittels eine Veränderung eingetreten ist, durch welche dasselbe einen seinem wahren Wesen nicht entsprechenden Schein erhält, sei es, daß dasselbe mittels Entnehmens oder Zusatzens von Stoffen verschlechtert, sei es, daß ihm der Schein einer besseren als seiner wirklichen Beschaffenheit verliehen wurde.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 13 S. 97.

Eine Verfälschung des Weines kann darin allein nicht gefunden werden, daß ihm durch das bloße Aufkleben einer Etikette auf die Flasche, in welcher der Wein zum Verkaufe gelangen soll, der Schein einer besseren Beschaffenheit verliehen wird; denn die Verfälschung ist ein Akt, der an der Sache selbst vorgenommen sein muß (Entsch. Bd. 4

§. 435). Die Fassung des ersten und des zweiten Entwurfes sieht zwar eine Verfälschung in der Weise vor, daß das Nahrungs- oder Genußmittel auch ohne Entnahme oder Zusetzen von Stoffen durch die bloße Bezeichnung mit dem Scheine einer besseren Beschaffenheit versehen wird. Diese Bestimmung ist aber bei der Beratung im Reichstage als zu weitgehend angefochten und schließlich aufgegeben. Die Fassung des Gesetzes erheischt eine Nachmachung oder Verfälschung des Nahrungs- oder Genußmittels. Dieses selbst ist aber durch das bloße Aufkleben einer Etikette auf die Umhüllung weder nachgemacht noch verfälscht.

Die normale Beschaffenheit eines Lebensmittels und die auf der Grundlage des normalen Zustandes zu bemessende Frage, wann die Beschaffenheit so alteriert sei, daß eine Verfälschung vorliege, ist bei Naturprodukten leichter festzustellen als bei Kunstprodukten. Bei ersteren giebt die Natur selbst den Maßstab der Vergleichung. Bei den Kunstprodukten, zu welchen innerhalb gewisser Grenzen auch der Wein zu rechnen ist, entscheidet die gesetzliche oder herkömmliche Regel (Entsch. Bd. 12 S. 97), die herkömmliche Regel jedoch nur insoweit, als ihr nicht verwerfliche Geschäftsgebräuche, d. h. solche Gebräuche zu Grunde liegen, welche nicht dem Zwecke, den Erfordernissen der Gesundheitspflege sowie den Bedürfnissen der Konsumenten entsprechende Nahrungs- und Genußmittel zu verschaffen, sondern einem vom Standpunkte des Gesetzes aus nicht berechtigten Zwecke dienen (Entsch. Bd. 6 S. 51).

Danach konnte der erste Richter die mouillage für zulässig erachten, soweit sie dazu diene, dem behandelten Traubensaft den Charakter eines Genußmittels zu geben oder zu erhalten, oder den Genußwert zu erhöhen. Unerheblich ist dabei, daß die Spritzzusätze zugleich zu einer Vermehrung der Quantität führen. Einer anderen Beurteilung würde allerdings ein derartiger Geschäftsgebrauch unterliegen, wenn er lediglich der Vermehrung der Quantität des Grundstoffes diene oder die Quantität auf Kosten des Genußwertes erhöhte. Deshalb kann dem ersten Richter nicht beigetreten werden, wenn er den Zusatz von Spritwasser zum französischen Weine auch durch die Erwägung zu rechtfertigen sucht, daß die Produktion der Weinberge Frankreichs durch die Verherungen der Reblaus eine geringere geworden sei und daher der technischen Weinbehandlung die Aufgabe zufalle, den Bedarf anderweit zu decken. Auf diesem Erwägungsgrunde beruht indes das Urteil nicht;

denn der erste Richter stellt außerdem fest, daß der in Rede stehende Grundwein den Zusatz erforderte und daß der Zusatz in den gehörigen Grenzen, d. h. in dem durch die Zwecke der Weinveredelung gebotenen Quantitätsverhältnisse, stattfand.

Bei Prüfung der Frage, ob eine Verfälschung anzunehmen, folgt der erste Richter auch sonst den dargelegten, vom Reichsgerichte aufgestellten, Grundsätzen, an denen auch hier festgehalten wird. Mit Recht berücksichtigt er die herkömmlichen Formen der Herstellung, soweit sie als berechtigt anzuerkennen sind. Mit Grund legt er auch darauf Gewicht, daß den Weinen der Charakter als Wein und den französischen Weinen der Charakter des französischen Weines gewahrt blieb.

Allerdings tritt das Bedenken entgegen, daß die Kriterien, von denen der Thatbestand der Verfälschung abhängt, überhaupt und namentlich, wenn Weinverfälschung in Frage steht, der thatsächlichen Beurteilung einen größeren Raum lassen, als im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes wünschenswert erscheint. Diese Unzuträglichkeit ist indes bei der Beratung des Gesetzes vorhergesehen. Es ist damals hervorgehoben, daß der Begriff der Verfälschung von vagen Voraussetzungen abhängt, daß namentlich die Entscheidung für Bier und Wein von technischen Fragen abhängt, deren Beantwortung den Sachverständigen überlassen werden müsse, und daß, da das Urteil der Sachverständigen der Natur der Sache nach ein sehr verschiedenes sein werde, eine ungleichmäßige Handhabung des Gesetzes und eine große Unsicherheit im Handel und Verkehr zu besorgen sei (Kommissionsbericht zu §. 9, Nr. 206 der Druckf. des Reichstages Session 1878). Wenn die Gesetzgebung gleichwohl, offenbar wegen der Dringlichkeit eines Einschreitens gegen die vorhandenen Mißbräuche (Einleitung zu den Motiven des Entwurfes), und wegen der großen Schwierigkeiten, welche sich einer näheren Begrenzung des Begriffes „Verfälschung“ entgegenstellten, von einer solchen Begrenzung Abstand zu nehmen sich entschloß, so ist das Revisionsgericht nicht in der Lage, den erwähnten Übelstand zu beseitigen oder in erheblichem Maße abzuschwächen.

Insofern der erste Richter in objektiver Beziehung eine Verfälschung für vorliegend erachtet, ist er nach den im Urteile vorausgeschickten allgemeinen Erwägungen zweifellos von der Annahme ausgegangen, daß durch die Zufüge eine Verschlechterung der Qualität der Weine eingetreten sei, bei den alten reifen Weinen im Vergleiche zu der vor-

handenen Qualität, bei den jungen, unreifen Weinen im Vergleiche zu derjenigen Qualität, welche bei normaler Behandlung der Weine erreicht worden wäre. Unter solcher Voraussetzung konnte überall Verfälschung angenommen werden, wo der Charakter der Weine durch die Zusätze wesentlich alteriert war, oder wo die Verschlechterung in einer ungerechtfertigten Abweichung von der normalen Behandlungsweise ihren Grund hatte.

2. Es könnte in Frage kommen, ob in den zuletzt erwähnten Fällen eine Nachahmung französischer Weine für vorliegend erachtet werden konnte. Für die Entscheidung des Revisionsgerichtes ist jedoch diese Frage ohne praktische Bedeutung, und es kann von einer Erörterung derselben hier um so eher abgesehen werden, als eine scharfe Grenze zwischen „Verfälschung“ und „Nachahmung“ nicht gezogen werden kann, weil den Begriffen ein gemeinsames Grenzgebiet zufällt.

Allein auch abgesehen von denjenigen Fällen, in welchen der erste Richter eine Verfälschung für objektiv vorliegend erachtet hat, ist den Angeklagten . . . von der Anklage eine Nachmachung französischer Weine zur Last gelegt. Hier kommen die sechs Weinsorten in Betracht, welche unter Nr. . . . näher bezeichnet sind. Der erste Richter nimmt hier überall eine Nachmachung nicht an, aber unter einer nicht haltbaren Begründung.

Zutreffend definiert der erste Richter Nachmachung als Herstellung einer Sache unter Erzeugung des Scheines, aber nicht des Wesens und Gehaltes einer Sache.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 434.

An diese Definition schließt aber der erste Richter die Bemerkung: Danach sei Nachmachung die künstliche Zusammensetzung einer Sache aus anderen Stoffen; wer also aus Talg Butter, und wer aus Weinstein, Alkohol, Zucker und den geeigneten Säuren Wein herstelle, begehe eine Nachmachung. Aus diesen Vordersätzen und den Feststellungen, daß der „Delhomme Ponjeaug“, „St. Emilion“, „Château Léoville“, „Lifstrac“, „Bas-Médoc“, „Cahors“ 75% bzw. 62,38%, 91,48%, 60,15%, 43,66%, 80% französischen Wein enthalten haben, zieht der erste Richter den Schluß, daß bei keinem der vorausgeführten Weine eine Nachmachung vorliege, denn es handele sich nicht um Herstellung von Kunstwein aus fremden Stoffen, sondern um wirklichen Wein der Gattung und französischen Wein der Art nach.

Der erste Richter erachtet danach eine Nachmachung von Wein nur dann für vorliegend, wenn das Produkt überhaupt keinen Traubensaft enthält, als nachgemachter französischer Wein soll nur ein Produkt gelten, das überhaupt keinen Saft aus französischen Trauben enthält, und die Nachmachung einer bestimmten Sorte französischen Weines soll nur vorliegen, wenn zu dem Gemische überhaupt kein Wein von dieser Sorte verwendet ist. Daß der Entscheidungsgrund so aufzufassen, ergibt sich zweifellos aus einer anderen Stelle des Urtheiles, an welcher in bezug auf einen „Sherry“ des Angeklagten B. ausgeführt wird: Nachmachung liege selbstverständlich nicht vor, da der Wein nicht künstlich aus lauter fremden Stoffen zusammengesetzt sei. Diese Ansicht ist unhaltbar. Die Herstellung eines sog. Kunstweines ist nur eine Art der Nachmachung von Wein. Der Schein von Wein kann aber auch hergestellt werden durch Mischung von Naturwein mit Kunstwein oder sonstigen fremdartigen Stoffen in der Art, daß das Produkt dem Wesen nach nicht mehr als Wein gelten kann. Ebenso ist eine Nachmachung französischen Weines auch unter Verwendung französischen Traubensaftes möglich. Hier steht aber nicht die Nachmachung von Wein, auch nicht die Nachmachung französischen Weines, sondern die Nachmachung bestimmter Unterarten des französischen Weines in Frage. Eine solche wäre begrifflich auch dann nicht ausgeschlossen, wenn zur Nachmachung der bestimmten Unterart auch Wein von dieser speziellen Sorte mit verwendet wurde, gerade um dem mit einer bestimmten Marke als eine bestimmte Sorte bezeichneten Weine den Schein dieser Sorte zu geben, während das so gebildete Gemisch eben wegen der Beifügung noch anderer Stoffe in Wirklichkeit als die bestimmte Sorte, für welche es ausgegeben wurde, nicht mehr angesehen werden kann.

Es beruht also auf einer Verkennung des Begriffes „Nachmachung“, wenn der erste Richter eine Nachmachung von Château Léoville, St. Emilion ic dadurch für ausgeschlossen ansieht, daß zu dem Gemische auch Château Léoville, St. Emilion ic mit verwendet wurde, und es wäre vielmehr bei den vorbezeichneten sechs Weinsorten, welche als Delhomme, Ponjeaux und respektive St. Emilion, Châteaux Léoville, Listrac, Bas-Médoc und Cahors von den Angeklagten bezeichnet wurden, zu prüfen gewesen, ob die Absicht der Angeklagten bestand, eben diese bestimmten Sorten und Marken nachzumachen, wenn auch zu diesem Zwecke Wein von der gewählten Bezeichnung eben zur Erregung des Scheines mit-

verwendet wurde, beispielsweise 'zur Fabrikation von 62 Oyhof mit der Marke Château Léoville bezeichneten Weines eine Quantität von 28 Oyhof „alt Léoville vom Vorverschnitte“. Von dieser Prüfung hat sich aber der erste Richter durch die offenbar rechtsirrtümliche Auffassung des Begriffes „Nachmachung“ abhalten lassen.

3. Die erstrichterliche Entscheidung sichts die Revision durch die Behauptung an, daß ein Gemisch, welches über die Hälfte Zusätze von Spirit, Wasser und anderen Ingredienzen enthalte, vorwiegend etwas anderes sei als Rum, Rognak oder Arrak. Eine derartige Scheidung findet aber im Gesetze keinen Anhalt. Sie würde auch zu unhaltbaren Ergebnissen führen. Die Wirkung einer Beimischung fremder Stoffe für die Erhöhung oder Minderung des Nahrungs- oder Genußwertes von Stoffen hängt nicht bloß von der Quantität der Zusätze, sondern auch von zahlreichen anderen Faktoren, insbesondere auch von den Eigenschaften des Grundstoffes und denen der Zusätze ab. Einzelne Mittel haben eine so intensive Wirkung, daß sie, in ganz geringen Quantitäten zugesetzt, eine wesentliche Änderung des Grundstoffes herbeiführen. Umgekehrt kann auch unter Umständen eine wesentliche Änderung des Grundstoffes verneint werden, wenn die Zusätze in ihrer Quantität die des Grundstoffes erreichen oder übersteigen. Andererseits können Zusätze in ganz erheblichen Quantitäten notwendig sein, um dem Grundstoffe die Eigenschaft eines Genußmittels zu geben, beispielsweise zum importierten Rum, um den ausgeprägten Leder- geschmack, von dem der erste Richter spricht, zu beseitigen. Danach ist die von der Revision versuchte Grenzbestimmung unannehmbar. Die Frage, ob ein Genußmittel für verfälscht zu erachten, beruht, soweit Kunstprodukte in Rede stehen, vielfach auf technischen Regeln, deren richtige Anwendung in der Revisionsinstanz nicht geprüft werden kann. Nur der rechtliche Ausgangspunkt der erstrichterlichen Prüfung unterliegt der Nachprüfung des Revisionsgerichtes. Nach den oben zu 2. dargelegten Grundsätzen hat aber der erste Richter mit Recht geprüft, worin der spezifische Charakter der unter dem Namen „Rum“, „Rognak“, „Arrak“ gebräuchlichen Mischungen besteht, und ob bei den Mischungen der Angeklagten dieser Charakter gewahrt worden ist.

4. Die Strafkammer hat nicht für erwiesen erachtet, daß das Feilhalten unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung erfolgt sei, und zwar von folgenden Erwägungen aus:

Die ganze Etikettenfrage sei von keiner Bedeutung. Nicht jede unrichtige oder ungenaue Bezeichnung oder Etikettierung sei strafbar, insbesondere dann nicht, wenn dieselbe im Handel und Verkehre üblich und eine Täuschung des Publikums deshalb herbeizuführen nicht geeignet sei, weil das letztere wohl wisse, was es unter einer bestimmten Bezeichnung oder Etikettierung zu verstehen habe. Im vorliegenden Falle handle es sich nicht um hochedle Weine, sondern um ganz geringe französische Gewächse, bei welchen bestimmte Bezeichnungen im Geschäftsverkehre üblich geworden seien. Allen diesen Bezeichnungen, wie sie bei den Angeklagten . . . vorkommen, sei eine spezifische Bedeutung nicht beizumessen, denn sie haben sich im Laufe langer Jahre aus der Unzahl der bestehenden, dem Publikum unverständlichen Namen als Benennungen herausgebildet, welche keineswegs eine Bezeichnung des Ursprungsortes, ja nicht einmal des Ursprungslandes mehr enthalten, sondern lediglich als eine Marke für Geschmack, Stärke und Preislage beim Publikum üblich und geläufig geworden seien. So pflege man in Hotels und Weinstuben der Provinzen Ost- und Westpreußen unter dem Namen „Léoville“ gemeinhin nicht einen Wein, der in Léoville gewachsen, sondern einfach einen Dreimarkwein zu verstehen. Bei den geringen Gewächsen komme der französische Name keineswegs dem französischen Weine ausschließlich zu, sondern auch den im Geschmache ähnlichen Rotweinen anderer Länder. Aber auch abgesehen hiervon liege eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung nicht vor. Bei wörtlicher Auffassung des Gesetzes nämlich würde objektiv eine solche Bezeichnung überall da anzunehmen sein, wo überhaupt nur ein einziges Mitglied des im Kulturleben stehenden Publikums getäuscht werden könnte. Diese eine Person aber habe unmöglich die Norm für den Gesetzgeber gebildet, den Maßstab bilde vielmehr das Verkehrspublikum im allgemeinen, und da sei dann der Gerichtshof zu der Überzeugung gelangt, daß es dem Publikum, welches den Rotwein zum Preise von 80 Pf. bis 1,10 M die Flasche fordere, nicht sowohl auf einen reinfranzösischen, als auf einen gesunden, trinkbaren und deshalb preiswürdigen Wein ankomme, daß also das Publikum das alleinige Gewicht auf den Preis und nicht auf die Etikette lege, möge dieselbe nun St. Julien, Médoc, St. Estèphe oder anders lauten, denn dies seien Namen, unter welchen der gemeine Mann sich gar nichts denke,

während der Eingeweihte wisse, daß sie nichts Bestimmtes bedeuten, sondern nur eine Marke für Farbe, Geschmack und Preislage abgeben. Bei Prüfung dieser Ausführungen erscheint es sehr fraglich, ob nicht der erste Richter die Kenntnis der Bewohner Ost- und Westpreußens von der Behandlung und Benennung der Weine überschätzt. Die Bewohner der bezeichneten Provinzen könnten aber nur dann für sich allein in Frage kommen, wenn festgestellt wäre, daß die Weine ausschließlich für ihren Konsum bestimmt gewesen wären. Das hat der erste Richter nicht festgestellt, eine solche Annahme wäre auch schon in Rücksicht auf die sich zeitweilig in jenen Provinzen aufhaltenden Personen unstatthaft gewesen. Danach muß man davon ausgehen, daß auch nach Auffassung des ersten Richters die Weine Personen feilgeboten sind, bei welchen die von den Angeklagten gewählte Etikettierung geeignet war, eine Täuschung herbeizuführen, daß aber diese Personen nur einen kleinen Teil des Gesamtpublicums bilden. Die Nichtberücksichtigung dieser Personen seitens des ersten Richters findet ihre Erklärung in der weiteren Erwägung, daß das Verkehrspublikum im allgemeinen den Maßstab der Beurteilung liefere.

Dabei ist schon der Rechtsbegriff des Feilhaltens irrig aufgefaßt, indem dieser Begriff auf die Fälle beschränkt worden ist, in welchen die Ware dem Publikum im allgemeinen angeboten wird. Ein Feilhalten kann auch gegenüber einem engbegrenzten Kreise von Personen statthaben. Dann kommt für die Frage, ob eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung gewählt ist, neben anderen Umständen auch die Intelligenz und Sachkunde der bestimmten Personen in Betracht. Ist es doch denkbar, daß eine bestimmte Bezeichnung ausschließlich zur Täuschung bestimmter, in besonderen Vorurteilen befangener Personen geeignet und gerade deshalb vom Verkäufer gewählt sei. Allerdings ist der Regel nach unter dem „Feilhalten“ das Zugänglichmachen für das gesamte Publikum zu verstehen. Für solche Fälle trifft die Erwägung des ersten Richters zu, daß eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung nicht schon dann anzunehmen sei, wenn überhaupt nur ein einziges Mitglied des im Kulturleben stehenden Publicums getäuscht werden könne. Dasselbe wird für eine Personenmehrheit anzunehmen sein, falls sie so verschwindend klein ist, daß sie im Geschäftsverkehre unbeachtet bleibt; denn bei entgegenstehender Auslegung würde das Merkmal, welches das Gesetz mit den Worten „eine zur Täuschung

geeignete Bezeichnung“ zum Ausdruck bringt, für die Praxis bedeutungslos sein. Auf der anderen Seite erscheint es aber auch unzulässig, das „Verkehrspublikum im allgemeinen“, also das Durchschnittsmaß der bei den in Frage kommenden Personen vorhandenen Geschäftskunde zur Norm zu nehmen und so gewissermaßen die Mehrheit der Köpfe entscheiden zu lassen. Auch eine Minderzahl von Geschäftsunkundigen hat auf den Schutz des Gesetzes Anspruch. Sie gerade bedürfen am meisten den Schutz, der ihnen ohne Vereitelung der Zwecke des Gesetzes nicht versagt werden kann.

Danach ist die Ausführung, mittels deren der erste Richter der von den Angeklagten gewählten Etikettierung jede Bedeutung abspricht, von Rechtsirrtum beeinflusst.

Auch vom Standpunkte eines bestehenden Geschäftsgebrauches zu gewährenden Schutzes aus erweist sich die Ansicht des ersten Richters als nicht haltbar. Wenn geringwertige Weinmischungen unter einer Etikette feilgeboten werden, welche nach dem Wortsinne auf ein hochedles Gewächs eines bestimmten Ursprungsortes hinweist, so läßt sich die Entstehung und die Fortdauer eines solchen Geschäftsgebrauches, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, kaum anders als aus dem Bestreben erklären, Unkundige über die Beschaffenheit der Ware zu täuschen. Solchen unsoliden Geschäftsgebrauchen entgegenzutreten, war eben einer der Zwecke des Gesetzes. Ein bei der Beratung des Gesetzes gestellter Antrag, welcher den bestehenden Handels- und Geschäftsgebrauchen Schutz gewähren wollte, wurde aus dem Grunde abgelehnt, weil nur die im soliden Verkehre bestehenden Gebräuche einen Schutz verdienen.

Vgl. Stenogr. Berichte S. 810. 875, Motive des zweiten Entw. S. 21.

Der erste Richter verlegt also den §. 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879, indem er unter der von ihm gegebenen Begründung das Merkmal des „Feilhaltens unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung“ verneint.

5. Auch die Verneinung des subjektiven Thatbestandes des §. 10 a. a. O. ist von Rechtsirrtum beeinflusst.

Nach §. 10 Nr. 1 a. a. O. wird bestraft, wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehre Genußmittel verfälscht. Zum subjektiven Thatbestande gehört zunächst der Dolus der Verfälschung eines Genußmittels, d. h. das Bewußtsein des Thäters, daß sein Thun den-

jenigen Zustand des Genußmittels zur Folge haben werde, welchen das Geſetz mit dem Worte „verfälfcht“ bezeichnet. Dieſer Dolus kann vorhanden ſein, ohne daß der Thäter ſich eine Täufchung im Handel und Verkehr zum Ziele ſetzt (beispielsweiſe, wenn das Genußmittel für den Hausbedarf beſtimmt iſt). Unabhängig von der Feſtſtellung des Dolus iſt alſo noch dieſer mit der Herſtellung verfolgte Zweck den Angeklagten nachzuweiſen. Für letzteres Merkmal iſt nicht erforderlich, daß der Thäter eine Täufchung ſeiner unmittelbaren Abnehmer bezwecke; es genügt, wenn der Zweck einer Täufchung von Konſumenten oder Nichtkonſumenten verfolgt wird, in deren Hände das Produkt auf den Wegen des Verkehrslebens gelangen ſoll.

Vgl. Entſch. des R. G.'s in Straff. Bd. 3 S. 269.

Ob der erſte Richter von dieſem richtigen Standpunkte ausgegangen iſt, erſcheint zum mindeſten zweifelhaft.

Die Ausführungen, mit welchen der Richter bei allen Anklagepunkten den ſubjektiven Thatbeſtand verneint, gehen dahin:

Die Angeklagten . . . kannten die Art der Herſtellung. Daraus folgt aber nicht, daß ſie in der letzteren auch eine Nachmachung oder Verfälfchung erkannt hatten oder doch hätten erkennen müſſen. . . . Ein Ausfall in Quantität und Qualität iſt bei Wein nicht ſo leicht gedeckt, und das thatſächlich vorhandene Bedürfnis des Konſumenten würde nicht befriedigt werden, wenn nicht Technik und Handel vermittelnd einträten. Beide haben eine überaus große Bedeutung, welche bei Erlaß von Geſetzen vollauf gewürdigt wird. So wird es denn auch Abſicht des Nahrungsmittelgeſetzes geweſen ſein, eine geſunde Praxis in Technik und Handel beſtehen zu laſſen und nur den Mißbräuchen entgegenzutreten, über welche mit Recht Klage geführt wurde. Denn neben der auf jahrhundertelangen Erfahrungen beruhenden reellen Weinbehandlung, welche den Zweck verfolgte, das Naturprodukt zu einem Genußmittel zu geſtalten und als ſolches zu erhalten, hatte ſich Hand in Hand mit den Fortſchritten der Wiſſenſchaft der Chemie auch eine andere Art der Behandlung gebildet, welche eine Wein genannte Flüſſigkeit herſtellte, feilhielt und verkaufte, obwohl ſie keinen Tropfen Wein enthielt (und trotzdem vom tauſenden Publikum für Wein gehalten wurde), welche ferner das Naturprodukt Wein nicht in einer die Verbeſſerung bezweckenden Weiſe in Angriff nahm, ſondern das gute Produkt durch Zuſatz fremder Stoffe verlängerte,

d. h. die Quantität vermehrte und die Taschen des Fabrikanten füllte, während sie andererseits dem Publikum ein Genußmittel bot, welches den vorausgesetzten Nähr- oder Genußwert nicht hatte. Selbstverständlich will das Gesetz nicht jene erstgedachte, dem Interesse des Publikums förderliche Weinbehandlung treffen, sondern nur die Mißbräuche. Das Gesetz läßt sich aber darüber nicht aus, in welchem Verfahren eine berechnete Handhabung der Technik und ein berechtigter Gebrauch des Handels, und in welchem ein Mißbrauch zu finden ist . . .

So bleibt denn die Prüfung der Frage, ob ein Mißbrauch vorliege, in erster Linie dem Weinhändler selbst und dann dem Richter überlassen. Dem letzteren wohnt eigene Kenntnis von einer zweckdienlichen Behandlung des Naturproduktes „Wein“ nicht bei. Er ist daher angewiesen auf das Gutachten der Sachverständigen, und das letztere ist im vorliegenden Falle dahin gegangen, daß den Angeklagten ein Abweichen von den Regeln der Technik und von den Gebräuchen eines realen Handels nicht zum Vorwurfe zu machen sei. Wenn aber dies das Resultat der mündlichen Verhandlung ist, so kann auch den Angeklagten nicht imputiert werden, daß sie zur Zeit der Herstellung der Genußmittel und beim Feilhalten und Verkauf der letzteren in der Art der Herstellung eine Nachmachung oder Verfälschung erkannt hatten; und ist dies nicht der Fall, so unterliegen die Angeklagten auch nicht der Strafvorschrift der Nr. 2 (soll wohl heißen: Nr. 1 und 2) des §. 10 des Gesetzes.

Damit findet denn auch die letzte Frage, deren Beantwortung dem Richter hier obliegt, ihre Erledigung, die Frage nämlich, ob die Nachmachung oder Verfälschung zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehre erfolgte. Denn wenn die Angeklagten, wie dargethan, nicht gewußt haben, daß in der betreffenden Herstellungsart eine Nachmachung oder Verfälschung liege, wenn sie vielmehr bei der Herstellung berechtigten Gebräuchen der Technik und des Handels folgten oder doch zu folgen glaubten, so kann auch nicht angenommen werden, daß sie bei der Herstellung durch den Zweck der Täuschung geleitet worden.

Der erste Richter verneint hiernach sowohl den *dolus* der Verfälschung als das Merkmal, welches in den Gesetzesworten „zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr“ ausgedrückt worden ist. Scheinbar sind damit zwei selbständige Entscheidungsgründe gegeben, in

Wirklichkeit aber nicht. Denn das letztere Merkmal wird lediglich aus dem Gründe verneint, weil der dolus nicht nachgewiesen ſei. Beruht alſo die Beurteilung der Frage des dolus auf Rechtsirrtum, ſo iſt die ganze Begründung hinfällig.

Die Frage des dolus intereſſiert hier zunächſt bei denjenigen 14 Anklagepunkten, bei welchen der erſte Richter in objektiver Beziehung eine Verfälfchung feſtſtellt. In dieſen Fällen hat der erſte Richter — entgegen den Gutachten der Sachverſtändigen — ein Abweichen von den Regeln der Technik und von den Gebräuchen eines reellen Handels angenommen; nach Auffaſſung des Richters folgten die Angeklagten in dieſen Fällen keineswegs berechtigten Gebräuchen der Technik und des Handels, ſie glaubten nur ſolchen zu folgen, und dieſer Glaube war ein irriger. Den Irrtum rechnet der Richter den Angeklagten zu gute, geleitet von der Erwägung, daß die Angeklagten kein Vorwurf treffe, da die Sachverſtändigen (bei den 14 Punkten irrig) eine Abweichung von den Regeln der Technik und von den Gebräuchen eines reellen Handels nicht angenommen haben. So muß man die wiedergegebenen Ausführungen des Urteiles auffaſſen, weil anderenfalls ein direkter Widerſpruch zu den früheren Feſtſtellungen anzunehmen wäre. Bei den Angeklagten hat alſo der erſte Richter den gleichen Irrtum, wie bei den Sachverſtändigen, für vorhanden erachtet. Da nun das Urteil ausführt, dem Richter wohne eigene Kenntnis von der zweckdienlichen Behandlung des Naturproduktes „Wein“ nicht bei, er ſei in dieſer Hinſicht auf das Gutachten der Sachverſtändigen angewieſen, ſo wird man zu der Annahme gedrängt, daß der erſte Richter bei den Angeklagten, die er ja ſämtlich als Weinhändler bezeichnet, nicht einen Irrtum in betreff der techniſchen Fragen der Weinbehandlung, ſondern einen Irrtum bezüglich der Frage vorausſetzt, ob das angewendete Verfahren vom Standpunkte des Geſetzes aus für zuläſſig erachtet werden könne.

Wenn eine Handlung ſämtliche Begriffsmerkmale eines dolosen Deliktes verwirklicht, während der Thäter irrig das Gegenteil annimmt, ſo kommt dieſem, von beſonderen, hier nicht intereſſierenden, Ausnahmen abgesehen, ein Irrtum über thatſächliche Umſtände zu ſtatten, nicht aber eine irrige Auffaſſung des Strafgeſetzes.

Vgl. Entſch. des R.G.'s in Straff. Bd. 2 S. 268, Bd. 4 S. 251, Bd. 6 S. 85. 224; Bd. 8. S. 104, Bd. 10 S. 234.

Dieses Prinzip muß an sich auch in den Fällen zur Anwendung kommen, in welchen der erste Richter eine Verfälschung von Weinen, bewirkt durch Zusatz von Stoffen, annimmt, aber nicht für erwiesen erachtet, daß die Thäter „in der Art der Herstellung eine Verfälschung erkannt haben.“ Als thatsächlicher Irrtum würde aber nur anzusehen sein, wenn die Angeklagten die Verfälschung nicht als solche erkannten, weil sie sich über die Qualität oder Quantität des Grundstoffes oder der zugesetzten Stoffe oder über die Wirkungen, welche die Beimischung nach den Eigenschaften der Stoffe oder nach besonderen Umständen hervorbringen geeignet war, oder über sonstige thatsächliche Voraussetzungen oder technische Fragen im Irrtum befanden. Ein solcher Irrtum würde die Strafe des §. 10, nicht aber die des §. 11 ausschließen, letztere nicht, weil nach §. 59 Abs. 2 St.G.B.'s bei der Bestrafung fahrlässiger Handlungen die Unkenntnis von Thatumständen, welche zum gesetzlichen Thatbestande gehören, dem Angeklagten nur insoweit zu gute kommt, als die Unkenntnis selbst nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet ist. Von einem derartigen Irrtum spricht das erste Urteil nicht. Erkannten aber die Angeklagten die Verfälschung nicht als solche, weil sie unter dem Ausdruck „verfälscht“ etwas anderes verstanden haben, als nach richtiger Auslegung des Gesetzes zu verstehen ist, waren die Angeklagten nur darüber im Irrtum, wo die technische Behandlung der Weine, welche ihnen bekannt war, anfangs, Verfälschung im Sinne des Gesetzes, Mißbrauch eines unreellen Geschäftsverkehrs zu sein, so liegt eine Verkennung des Strafgesetzes vor, welche den Angeklagten Straflosigkeit nicht verschafft.

Diese Unterscheidung greift auch Platz, wenn der Weinfälscher bestehenden Gebräuchen der Technik und des Handels gefolgt ist. Anlaß zum Gesetze vom 14. Mai 1879 gaben begründete Klagen über Verfälschung der zum Verkaufe ausgebotenen Nahrungs- und Genußmittel. Die Mißstände hatten größtenteils in bestehenden Geschäftsgebräuchen ihren Grund. Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes richten sich gegen bestehende Mißbräuche. Das Gesetz läßt also bestehende Geschäftsgebräuche nur insoweit unberührt, als sie den Zwecken des Gesetzes nicht zuwiderlaufen. Vom Standpunkte des Gesetzes aus gelten diejenigen Geschäftsgebräuche als berechtigt, welche dem Zwecke dienen, den Konsumenten gesunde, ihren Bedürfnissen entsprechende Nahrungs- und Genußmittel zu verschaffen. Unberechtigt sind da-

gegen Geschäftsgebräuche, welche den Zwecken der Gesundheitspflege widerstreiten, indem sie den Nähr- oder Genußwert der Lebensmittel vernichten oder verringern, außerdem aber alle Gebräuche, welche ihre Entstehung und ihr Fortbestehen nur dem Bestreben verdanken, das konsumierende Publikum hinsichtlich der Beschaffenheit der Lebensmittel und hinsichtlich ihres Wertes zu täuschen. Solche Geschäftsgebräuche dürfen auch nicht deshalb in Schutz genommen werden, weil sie dazu dienen, einen Ausfall in der Quantität zu decken; denn sind zu solchem Zwecke Surrogate nötig, so rechtfertigt sich doch keineswegs ein Gebrauch, welcher dazu dient, die Abnehmer der Ware über die wirkliche Beschaffenheit derselben im unklaren zu lassen. Die Prüfung der Frage, ob ein Geschäftsgebrauch bezüglich des Weines ein berechtigter sei, liegt, wie der erste Richter mit Recht ausführt, in erster Linie dem Weinproduzenten oder Händler ob, in zweiter Linie dem Richter. Trachtet dieser einen Gebrauch für unberechtigt, welchem die Angeklagten folgen zu können glaubten, so hat er zu untersuchen, worin diese Verschiedenheit der Ansichten ihren Grund hat. Stellt sich dabei ein Irrtum der Angeklagten in bezug auf technische Fragen der Weinbehandlung heraus, so ist die Strafe des §. 10 a. a. O. ausgeschlossen, und es tritt, falls der Irrtum durch Fahrlässigkeit verschuldet ist, die Strafe des §. 11 a. a. O. in Frage. Gelangt aber der Richter zu der Überzeugung, daß der Irrtum der Angeklagten auf Unkenntnis oder unrichtige Auffassung des Strafgesetzes zurückzuführen sei, so darf er den Irrtum nicht berücksichtigen.

Auf demselben rechtsgrundständlichen Verstoße beruht die Verneinung des subjektiven Thatbestandes bei denjenigen sechs Anklagepunkten, bei welchen der Begriff der Nachmachung irrig verneint ist.